

## **VOEB: Acht Forderungen an die künftige Bundesregierung**

*Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe schreibt seit 35 Jahren die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Österreichs mit und ist wesentlicher Teil des vielzitierten „Umweltmusterlandes“. Als freiwillige Interessenvertretung der kommerziell geführten Entsorgungsunternehmen in Österreich vertritt er derzeit mehr als 220 Mitgliedsunternehmen und repräsentiert – gemessen am Umsatz bzw. an den Beschäftigten – 80% der privaten österreichischen Entsorgungsbetriebe. Die Branche beschäftigt über 43.000 Mitarbeiter, entsorgt rund zwei Drittel des gesamten in Österreich anfallenden Abfalls, tätigt jährlich Investitionen in Millionenhöhe und erwirtschaftet in über 1.100 High-Tech-Anlagen Umsätze in der Größenordnung von knapp € 4 Mrd. pro Jahr.*

*Den Wandel vom Abfallentsorger zum **modernen Ressourcenmanager** haben die Unternehmen der Branche längst vollzogen, und mit kontinuierlichen **Innovationen und Investments** nicht nur **ökologisch neue Standards** gesetzt, sondern auch ökonomisch einen neuen, zukunftssträchtigen Markt eröffnet. Diese Innovationen wiederum dienen – und dienen – der **österreichischen Umweltindustrie** als „Türöffner“ für eine äußerst erfolgreiche Exporttätigkeit. Und auch das festigt den guten Ruf österreichischer Technologien und Lösungen als solide Benchmark im europäischen, ja globalen Vergleich.*

*Dieser Erfolg war und ist nur durch ein gutes Zusammenwirken von Wirtschaft, Politik und Verwaltung möglich. Damit dieses Erfolgsmodell erhalten bleibt und Österreich auch zukünftig sowohl ökonomisch wie ökologisch profitiert, bedarf es jedoch kontinuierlicher Verbesserungen bei den umweltpolitischen und rechtlichen und Rahmenbedingungen. So wie Betriebe und Industrie ihre Prozesse laufend auf den Prüfstand stellen müssen, um Erfolg und Sicherheit in einer immer komplexer werdenden Welt zu gewährleisten, muss das auch die Politik tun.*

**Die österreichische Entsorgungsbranche ist sich ihrer Verantwortung in Fragen der Umwelt-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bewusst. Sie fordert aber auch umweltpolitische und rechtliche Rahmenbedingungen, die den Betrieben ökonomischen Fortschritt ermöglichen und zur Sicherung der heimischen Umweltqualität beitragen. Und sie richtet einen eindringlichen Appell an die künftige Bundesregierung, die wesentlichen Forderungen eines großen Wirtschaftszweiges (endlich) umzusetzen.**

## **1) Ein Gesetz für alle!**

Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung sind Schlüsselbegriffe, die mittlerweile jede politische Partei in ihren Programmen verwendet. Damit diese Begriffe aber nicht zu bloßen „buzzwords“ verkommen, braucht es auch Taten – und die lassen in Österreich seit längerem auf sich warten. Derzeit sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Entsorgungs- und Ressourcenwirtschaft in insgesamt zehn Abfallwirtschaftsgesetzen (1 Bundes- und 9 Landes-AWG) geregelt – mit teils massiven Unterschieden in den Bundesländern! Auch der Vollzug, z.B. im Bereich Umweltinspektionen, wird je nach Bundesland derzeit mit unterschiedlichen Standards geregelt. **Der VOEB fordert daher eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Landes-AWG in einem einzigen Ressourcenwirtschaftsgesetz**, um Wettbewerbsverzerrungen und unterschiedliche Auslegungen durch Landesbehörden zu verhindern. Dort, wo in der Umsetzung je nach Bundesland noch immer unterschiedliche Kriterien gelten, müssen diese vereinheitlicht werden. Das bringt uns nicht nur eine deutliche Verwaltungsvereinfachung, sondern auch faire, gleiche Bedingungen in allen Bundesländern und sichert den Wirtschaftsstandort Österreich.

## **2) Fair Play am freien Markt!**

Ein geschätztes und auch international viel beachtetes österreichisches Erfolgsmodell ist die Zusammenarbeit unterschiedlicher Interessengruppen. Das trifft auch auf die heimische Entsorgungswirtschaft zu: Die Kooperation zwischen Industrie, Gewerbe und öffentlicher Hand hat sich bewährt, z.B. in Form von PPP- oder Betreiber-Modellen. Die Spielregeln waren und sind klar: Hausmüll ist Sache der Kommunen (über den „Andienungszwang“, der die Daseinsvorsorge als wichtige Aufgabe des Staates unterstützt) – Gewerbe- und Industrieabfall übernehmen die privaten Unternehmen. Diese investieren laufend in Entsorgungs- und Verwertungslösungen auf höchstem technologischen und ökologischen Niveau.

Mittlerweile mehren sich jedoch die Verstaatlichungstendenzen: Die Kommunen sichern sich gesetzlich immer mehr Gewerbe- und Industrieabfall - Nachteile, wie z.B. eine Verteuerung für Gewerbetreiber oder ein höheres Risiko für die Steuerzahler (wenn sich die Kommune finanziell übernimmt, haftet der Staat) liegen auf der Hand. Wir erwarten von der Politik ein deutliches Bekenntnis zur Privatwirtschaft und Maßnahmen gegen eine allfällige Verstaatlichung bzw. Planwirtschaft im Bereich Abfallmanagement. **Der VOEB fordert daher eine klare Trennung zwischen Haushalts- und Unternehmensabfällen sowie Transparenz und gleiche Rahmenbedingungen für Kommunen und Private bei Auftragsvergaben zu Bestbieterbedingungen („Qualität vor Preis“).** Nur so kann fairer Wettbewerb funktionieren und Investitionssicherheit für innovative Unternehmen garantiert werden!

### **3) Zusammenführen, was zusammengehört!**

Die Aufgaben der Entsorgungsbranche haben sich gewandelt: Sammeln und Transport von Abfällen ist längst nicht mehr alleiniger Unternehmenszweck. Kreislaufwirtschaft, modernes Ressourcenmanagement, innovative technische Lösungen für Recyclingprozesse, Optimierung von Sekundärrohstoffen und noch vieles mehr haben einen Wirtschaftszweig von großer ökonomischer Bedeutung und internationaler Vorbildwirkung geformt. Dieser Trend zu wachsender Komplexität und steigender Wertschöpfung wird sich fortsetzen – und der Export dieses Know-Hows in Ausland und damit der Außenhandel in diesem Bereich weiter an Bedeutung und Umfang zunehmen.

**Daher fordert der VOEB eine Bündelung der entsprechenden politischen Agenden der Entsorgungsbranche in einer eigenen Sektion „Ressourcenwirtschaft“, die der Industrie als fachlicher Dialogpartner für alle Detailfragen zur Verfügung steht.** Dabei ist genau zu prüfen, in welchem Ressort (Umwelt, Wirtschaft, Infrastruktur) diese Sektion anzusiedeln wäre, um dem zukünftigen Stellenwert dieser wachsenden Branche in einem global vernetzten Wirtschaftsgefüge bestmöglich Rechnung zu tragen.

### **4) New Management statt Old School-Verwaltung!**

Der Wirtschaftsmotor ist wieder angesprungen, aber anstatt Gas zu geben, steht Österreichs Verwaltung auf der Bremse: Anlagengenehmigungen bleiben oft monate- bis jahrelang liegen, Gesetze und Verordnungen können weder umgesetzt noch kontrolliert werden, weil an allen Ecken und Enden das entsprechende Personal fehlt. Die Entsorgungsbranche ist gewachsen, sie hat sich verändert und ist komplexer geworden. Die Unternehmen werden dieser Entwicklung mit innovativen Lösungen und neuen Angeboten gerecht.

Um den Konjunkturaufschwung und neue Wachstumschancen nutzen zu können, brauchen sie aber auch eine rasche und effiziente Abwicklung behördlicher Verfahren. **Daher fordert der VOEB eine Verbesserung der internen Organisation bei Vollzug und Verwaltung für alle Verfahren im Abfall- und Ressourcenmanagement.** Mit zeitgemäßem Projektmanagement und ausreichender Personalausstattung lassen sich Entscheidungszeiträume wesentlich verkürzen. Das sichert Wertschöpfung und hohe Umweltstandards gleichermaßen.

## **5) Kampf dem illegalen Abfallexport!**

Ein Beispiel: Von 250.000 Altfahrzeugen verschwinden 75 Prozent aus Österreich, nur etwa 60.000 können ordnungsgemäß in österreichischen Anlagen verwertet werden. Das heißt: Wertvolle Metallabfälle gehen verloren. Ein anderes Beispiel: Auch Elektro-Altgeräte werden zu rund einem Viertel illegal ins Ausland gebracht. Und noch ein drittes Beispiel: Von 100.000 t Abfall wandern 25% illegal ins Ausland.

Die gesetzlichen Verwertungsquoten und Regeln gelten demnach jeweils nur für den in Österreich verbleibenden Anteil. Wir verzichten also auf Sekundärrohstoffe und Wertschöpfung in Österreich – und lassen zu, dass Abfälle im Ausland unkontrolliert und „wild“ entsorgt werden. Das ist kein „Kavaliersdelikt“ – und schadet Steuerzahlern wie Umwelt gleichermaßen. **Daher fordert der VOEB mehr personelle und organisatorische Ressourcen, um illegalen Abfallexport besser kontrollieren und eindämmen zu können.** Wir brauchen ein stärkeres Problembewusstsein und bessere Rahmenbedingungen seitens der Politik, um ökologisch und technisch hochwertige innerösterreichische Stoffkreisläufe zu gewährleisten.

## **6) Innovationen fördern!**

Die private Entsorgungswirtschaft bringt vielen was: für Industrie und Gewerbe attraktive Sekundärrohstoffe, für die produzierende Wirtschaft neue Dienstleistungen im Sinne der Ressourceneffizienz, für den Staatshaushalt umfangreiche Steuereinnahmen und für Kommunen und Bürger Entsorgungssicherheit. Bei Forschung & Entwicklung sowie Förderungen hingegen wird die Branche hingegen stiefmütterlich bedacht. **Daher fordert der VOEB für die Entsorgungswirtschaft ein klares Bekenntnis der künftigen Bundesregierung zu niederschweligen, maßgeschneiderten Förderangeboten für innovative Betriebe.** Nur dann kann die österreichische Umweltwirtschaft weiterhin im internationalen Spitzenfeld mithalten, nur dann werden wir international als F&E-Partner und Know-how-Träger wahrgenommen und nehmen Teil an grenzüberschreitenden Kooperationen und Projekten. Die korrekte Umsetzung dieser Projekte muss aber auch kontrolliert und – bei nicht ordnungsgemäßer Umsetzung – sanktioniert werden.

Damit dieser Ansatz greift, darf Innovation aber nicht zu Tode reguliert werden. Wir erachten es als Aufgabe zukünftiger Regierungspolitik, für innovative Projekte (z.B. Pilotversuche) weniger administrative Rahmenbedingungen vorzuschreiben und statt dessen mehr Freiräume zu garantieren.

Unterstützung und Förderung durch Bund wie Länder ist vor allem im Bereich „Digitalisierung“ ein Gebot der Stunde. Dieses Thema wird von Politik und Verwaltung leider nur allzu oft auf bloßes elektronisches Erfassen von tausenden Einzelmeldungen und Anlegen großer „Datenfriedhöfe“ verstanden. Das ist nicht, was die Branche benötigt: Wir erwarten uns von der Politik deutliche Impulse und praktikable Lösungen im Bereich Datenerfassung und -management, um gemeinsam mit den Betrieben die Chancen der Digitalisierung vollumfänglich nutzen zu können.

### **7) Kreislaufwirtschaft: Verwerten statt Deponieren!**

Das Kreislaufwirtschaftspaket der Europäischen Union ist ein ambitioniertes Programm, das ökologische Verbesserungen mit ökonomischen Chancen verknüpfen will und das im Zuge der nächsten EU-Abfallrahmenrichtlinie auch in nationales Recht gegossen wird. Diese Zielsetzung ist auch in der DNA der heimischen Entsorgungswirtschaft. Wir sehen Abfälle als (Sekundär)Rohstoffe, die zum Wohle der Umwelt und zum Nutzen der Wirtschaft verwertet werden können. Dieser zukunftssträchtige Weg kann nur dann erfolgreich sein, wenn europaweit effiziente Stoffkreisläufe und ein modernes Ressourcenmanagement verankert werden.

**Daher fordert der VOEB ein komplettes Deponierungsverbot und hohe Recyclingquoten für recycelbare Abfälle im gesamten EU-Raum sowie eine klare rechtliche Abgrenzung zwischen Siedlungs- und Gewerbeabfall.** Österreich muss dieses Anliegen massiv unterstützen, wenn wir unserem Ruf als Vorreiter in der Umweltpolitik gerecht bleiben wollen. **Wir erwarten uns von der künftigen Bundesregierung, dass sie sich nachdrücklich für eine genaue Kontrolle der Umsetzung des Kreislaufwirtschaftspaketes und durch die EU einsetzt.** Das soll missbräuchliche Verwendung von EU-Mitteln verhindern sowie sicherstellen, dass im Sinne des Paketes und der EU-Abfallhierarchie in erster Linie Recycling- und nicht reine Müllverbrennungsanlagen gefördert werden.

### **8) Abfall ist Wertstoff!**

„Milliardengeschäft mit dem Mist“, „Urban Mining“ oder der „Abfall als wertvoller Rohstoff“ sind Überschriften, die sich in den Wirtschaftsressorts der Medien finden sowie in Expertengesprächen und Vorträgen gerne zitiert werden. In der breiten Öffentlichkeit ist das Bewusstsein, dass Abfall in seinen unterschiedlichen Fraktionen eine wichtige Quelle für Sekundärrohstoffe sowie Ersatzbrennstoffe darstellt, und dass deren Nutzung sowohl der Umwelt als auch der Wirtschaft

sowie dem Steuerzahler zum Vorteil gereicht, noch erschreckend wenig ausgeprägt. Vor allem angesichts der im EU-Kreislaufwirtschaftspaket in Aussicht gestellten höheren Sammel- und Recyclingquoten sowie unter Bezugnahme auf das in den Regionen immer stärker diskutierte Thema „Littering“ erachten wir es als Verantwortung der künftigen Bundesregierung, für entsprechende breitflächige Bewusstseinsbildung zu sorgen. **Der VOEB fordert daher die Durchführung bzw. Unterstützung von bundesweiten Kommunikationsaktivitäten, um das Bewusstsein für die getrennte Abfallsammlung und die Bedeutung des Recycling in der breiten Öffentlichkeit zu heben.** Damit wird nicht nur die Erreichung höherer Sammel- und Verwertungsquoten als EU-Ziel unterstützt; mehr Aufklärung und Bildung zu diesem Thema trägt auch zu mehr Konsumentenverantwortung und einer besseren Zusammenarbeit mit den Produzenten bei. Das Ziel, möglichst viele Abfälle in einen sinnvollen Wertstoffkreislauf einzubringen, kann nur im gemeinsamen Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Industrie und breiter Öffentlichkeit realisiert werden.

Wien, im Oktober 2017